

Ein spannender Abend: CEO Pascal Wyss (links) mit dem Gastreferenten von Avenir Suisse, Jürg Müller. Bild: Martin Broder

«Bis am 21.Mai arbeiten wir für den Staat»

Die Abgaben an den Staat steigen kontinuierlich an, wie Jürg Müller, Direktor von Avenir Suisse, in seinem Referat anlässlich der Standpunkte-Veranstaltung der Wyss und Partner AG im Kursaal Bad Ragaz aufgezeigt hat.

Martin Broder

Zum 32.Mal fand am Mittwochabend die Veranstaltung des Wangser Vermögensverwalters Wyss und Partner im Kursaal statt. CEO Pascal Wyss begrüsste den Direktor des liberalen Thinktanks Avenir Suisse, Jürg Müller, der über den immer grösser werdenden Anteil des Staates am Bruttoinlandprodukt (BIP) der gesamten Schweiz sprach. Daraus leitete er den Titel des Referats ab: «Bis am 21.Mai arbeiten wir für den Staat». Dessen Anteil am BIP erhöht sich laufend, die Staatsquote wird immer grösser: «Alle 20 Jahre arbeiten wir einen Monat länger für den Staat.»

Immer weniger für die Landesverteidigung

Interessant war der Vergleich, wofür die Schweiz ihre Finanzen verwendet: 1950 lagen die Ausgaben für die Landesverteidigung bei etwa 15 Prozent der Gesamtausgaben, aktuell sind es etwas mehr als zwei Prozent. Sprunghaft angestiegen seien seit 1990 die Ausgaben für soziale Sicherheit und Gesundheit. Es überrasche deshalb nicht, dass die Politik mehr Geld für die Armee fordere. Obwohl er als Direktor von Avenir Suisse möglichst grosse Freiheit für den Markt wolle, sei das Gewaltmonopol des Staates für ihn unbestritten: «Der Markt setzt auf freiwilligen Güterkauf und auf Investitionen mit dem Ziel, Gewinn zu erzielen. Der Staat muss die innere und äussere Sicherheit garantieren, aber auch in Bereichen eingreifen, wo der Markt nicht spielt.» Als Beispiel für Letzteres erwähnte er das Verbot von Fluorkohlewasserstoffen (FCKW) Mitte der Achtzigerjahre. Trotz der Umweltschädlichkeit hätten die Marktteilnehmer nie freiwillig darauf verzichtet.

In den letzten 25 Jahren sei die Schweizer Bevölkerung um 26 Prozent, die Gesamtbeschäftigung mit 35 Prozent erfreulicherweise noch stärker gewachsen. Sorge macht Müller, dass die Stellen auf allen Staatsebenen massiv ausgebaut wurden: «Das Wachstum der öffentlichen Verwaltung beträgt satte 49 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie das Bevölkerungswachstum.» Vor allem die Kantone und Gemeinden hätten ausgebaut.

Immer mehr Regulierung

Die Regulierung nehme immer mehr zu, meinte Müller; eine Aussage, die beim Publikum in Bad Ragaz Anklang fand. «Allerdings ist es schwierig, das quantitativ nachzuweisen», schränkte er ein. Befragungen des Staatssekretariats für Wirtschaft bei Unternehmungen unterstützten aber die Aussage, dass die Bürokratie immer mehr Aufwand verursache. Es bezifferte die Kosten der administrativen Aufgaben der Wirtschaft auf mehr als 6 Milliarden Franken pro Jahr, etwa gleich viel wie das Land für die Verteidigung ausgebe.

Branchen vom Staat abhängig

Ein vierter Themenbereich für Müller waren die vielen Branchen, die finanziell immer stärker vom Staat abhängen. So habe die Kultur 2024 nicht weniger als 2,9 Milliarden Franken in Form von Subventionen erhalten. Dabei werde eine Nachfrage befriedigt, die nur bedingt vorhanden sei. «Wenn die Einnahmen eines Theaters zu mehr als 90 Prozent aus Subventionen bestehen, müsste man sich fragen, ob das Programm wirklich dem Bedürfnis des Publikums entspricht.» Als weiteres Beispiel nannte er die Tourismusbranche, die sich eigentlich im freien Markt behaupten müsste. «Viele Vorhaben würden auch ohne Staat umgesetzt», sagte er.

Mindestens ebenso wichtig wie die Analyse der Situation ist für Müller der Untertitel seines Referats: «Wie sichern wir unsere Freiräume?». Als grosse Errungenschaft der Schweiz bezeichnete er die Einführung der Schuldenbremse. Diese dürfe man unter keinen Umständen abschaffen. Avenir Suisse habe auch eine Lohnprozent-Bremse gefordert: «Wenn der Staat Geld braucht, ist es einfacher, die Lohnprozente zu erhöhen als die Steuern.» Damit werde aber die Wirtschaft immer stärker belastet. Eine weitere Forderung ist der Ausgleich der warmen Progression. «Wenn jemand mehr leistet und deshalb mehr Lohn erhält, zahlt er prozentual mehr Steuern, da er in eine höhere Progression kommt. Das ist ein Fehlanreiz und damit erhält der Staat auf einfache Weise Steuereinnahmen, vor allem auf Kosten der mittleren und tiefen Einkommen.» Einige Kantone glichen diese warme Progression aus, andere sowie der Bund sollten folgen.

Kühlen Kopf bewahren

In der Fragerunde mit Leo Wyss, einem der Gründer der Firma, riet Müller, kühlen Kopf zu bewahren: «Wichtig ist, dass wir unsere Mentalität bewahren und nicht immer nach dem Staat rufen.» Eine Kettensäge-Rhetorik bringe der Schweiz nichts: «Unsere Institutionen funktionieren.» Auf das Thema EU-Verträge angesprochen, sah er zwei Seiten: «Gegen aussen, also für den Marktzugang unserer Firmen und die Sicherheitspolitik, sind die Verträge positiv.» Innenpolitisch sei er skeptischer aufgrund der Regulierungen, die die Schweiz übernehmen müsse, und dem damit verbundenen Stellenaufbau im öffentlichen Sektor.

KI bleibt dominantes Anlagethema

Thomas Grünenfelder, Verantwortlicher für Investitionen bei Wyss und Partner, sprach über die aktuelle Situation im Finanz- und Aktienmarkt. «Der Angriff der USA auf den Iran Ende Februar stellte eine Zäsur dar», meinte er zu Beginn seines Referates. Die steigenden Ölpreise seien ein Störfaktor, denn sie erhöhten die Inflation, auch wenn keine eigentliche Verknappung festzustellen sei. Gerade China verfüge über sehr grosse Reserven, etwa doppelt so viele wie die USA. Der Anstieg der Börsenkurse zu Jahresbeginn drehte aufgrund weltpolitischer Gründe – neben Kriegen auch der zunehmende Protektionismus – ins Minus, auch wenn die Unternehmensgewinne immer noch steigen. Gerade die KI trage zur Entwicklung bei, aktuell werde viel Geld in Rechenzentren investiert, mehr als in Bürogebäude. «Die KI ist das Büro von morgen», sagte Grünenfelder pointiert. Entsprechend hoch sind die Investitionen, alleine Firmen in den USA werden nächstes Jahr 3 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung in Rechenzentren investieren. **Er verglich diesen Boom mit dem Eisenbahnboom im 19. Jahrhundert. «Damals verschlang der Bau neuer Eisenbahnlinien bis zu 8 Prozent der Wirtschaftsleistung. Davon sind wir mit den 3 Prozent der KI noch weit entfernt.»** Für ihn stellten sich zwei Fragen: Ist der Ausbau finanzierbar und kann das Geschäft in Zukunft rentabel betrieben werden? Die Finanzierbarkeit sei gegeben, allerdings sei dies keine Garantie für zukünftige Gewinne. Für die Anlagestrategie ist die KI deshalb weiterhin ein dominierendes Thema. Grünenfelder setzt in seinem Anlagefonds auf kleine und mittelgrosse Unternehmen, da diese attraktiv bewertet seien und mehr Wachstumschancen bieten würden. (mab)

RhB-Dampflokomotive Nr. 1: Abgeschlossene Restaurierung der «Rhaetia» wird in Schiers gefeiert











Die 1889 in Betrieb genommene «Rhaetia» ist die älteste Lokomotive der Rhätischen Bahn. Nach einer umfassenden Restaurierung sollte sie an diesem Wochenende in Schiers feierlich eingeweiht werden. Wegen des geltenden Feuerverbots durfte die kohlebefeuerte Dampflok jedoch nicht fahren. Für die Fahrt des historischen Gründerzugs von Landquart nach Schiers kam deshalb die Lok 11 «Heidi» zum Einsatz (Bild unten rechts). Fredy Pfister (grosses Bild) ist Präsident der Projektgruppe Rhaetia. *(sl)* Bilder: Sonja Eberhard

Gekennzeichneter Download (ID=8UzC-R2JYIVdSRWPhKiQYgsPw5L_z9a3LCyQVJK4hy0)